

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
(Samstags 2 Blätter und das St. Quirinus-Blatt.)
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pfg. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: A. Hansen.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg. = 1½ Sgr.
Bei größeren Annoncen entsprechender Rabatt.

Der Samstagsnummer wird ein „Unstirtes Sonntagsblatt“ beigegeben, welches den Abonnenten zu einem Mehrbetrag von 25 Pfg. pro Quartal mitgeliefert wird.

Fruchtpreise zu Neuß am 29. Juli.

Weizen, hiesiger (1. Qu. 18 30	Buchweizen à 100 Kilo	—
à 100 Kilo (2. „ 17 70	Hafer	11 20
Randroggen (1. „ 13 20	Avel (Rübzen) „	20 80
à 100 Kilo (2. „ 12 70	Maß	22 31
Gerste (Winter- „	Kartoffeln „	7
à 100 Kilo (Sommer- „	Heu	25
	Stroh	26
Preise unverändert.		
Rübsl per 100 Kilo in Partien von 100 Str.		49
Rübsl per 100 Kilo feinstes		50 50
Gereinigtel per 100 Kilo 3 Mark höher als Rübsl.		105
Preßkuchen per 1000 Kilo		4 40
Klein à 50 Kilo		
Rübsl niedriger. Kuchen unverändert.		

Schreiben Sr. Heiligkeit Papst Leo's XIII. an den Cardinal-Staatssecretär Rampolla.

Obwohl Ihnen die Grundsätze, von welchen Wir uns bei Regierung der ganzen Kirche leiten lassen, genugsam bekannt sind, so halten Wir es doch für nützlich, dieselben kurz zusammen zu fassen und sie Ihnen genauer anzudeuten. Möchten Sie doch in Folge des neuen Amtes, zu dem Unser Vertrauen Sie berufen hat, Uns Ihre besondere Unterstützung leisten und Ihre Handlungsweise entsprechend Unsern Ideen einrichten.

In Mitten der so überaus schweren Aufgabe, welche Uns das verantwortungsvolle Amt, die Kirche zu regieren, auferlegt hat und stets auferlegt, hat nicht wenig zu Unserer Stärkung die tief Unserm Geiste eingetragene Ueberzeugung von der großen Mission beigetragen, mit welcher Kirche und Papstthum beauftragt sind, nicht allein für das ewige Heil der Seelen, für welches zu sorgen ihre wahre und eigentliche Aufgabe ist, sondern auch für das Wohlergehen der ganzen menschlichen Gesellschaft. Deshalb sind Wir fortwährend bemüht, die Schäden wieder auszubessern, welche der Kirche durch die Revolution und Gottlosigkeit zugefügt sind, und zu gleicher Zeit der ganzen menschlichen Gesellschaft, welche sich in so äußerster Bedrängnis befindet, die höhere Unterstützung dieser göttlichen Kraft zukommen zu lassen. Und wie die Feinde seit langer Zeit sich mit allen Mitteln bemühen, der Kirche jeden sozialen Einfluß zu nehmen, ihr Völker und Regierungen, auf welche sie Einfluß haben, unter Anwendung aller Kunstgriffe zu entfremden, sie zu verdächtigen und als Feindin hinzustellen, so haben Wir sie, so wie sie es auch wirklich ist, als die beste Freundin und Wohltäterin der Fürsten und Völker erscheinen lassen. Mit diesen sie zu versöhnen, sind Wir bemüht, indem Wir erneuern oder fester knüpfen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem h. Stuhl und den verschiedenen Nationen, und überall wiederherstellen den religiösen Frieden.

Alles mahnt Uns, Hr. Cardinal, beständig auf diesem Wege zu verharren, und es ist nicht nötig, die Gründe dafür näher darzulegen. Wir wollen nur auf die bringende Nothwendigkeit hinweisen, daß die Gesellschaft wieder zurückkehre zu den wahren Principien der Ordnung, welche in so unklarer Weise verlassen und vernachlässigt sind. Durch dieses Verlassen wurde die friedliche Eintracht, auf welcher die Ruhe und das öffentliche Wohl beruht, unterbrochen zwischen Völkern und Souverainen, sowie zwischen den verschiedenen sozialen Schichten. Das religiöse Bewußtsein und das Pflichtgefühl sind geschwächt; dagegen ist der Geist der Unzufriedenheit und der Unordnung, welcher selbst bis zur Anarchie und zur Zerstörung der sozialen Ordnung geht, stark geworden und hat eine weite Ausdehnung gewonnen. Das Uebel wächst maßlos und beschäftigt ernstlich viele Staatsmänner, welche auf alle Weise die Gesellschaft fern zu halten suchen von dem verderbbringenden Absurde und zurückzuführen zur Wohlfahrt. Und das ist gut; denn man muß mit allen Kräften Widerstand leisten dem entfesselten Strom, welcher Ruinen auf Ruinen häuft. Aber Heil kann nicht kommen ohne die Kirche, ohne ihren heilsamen Einfluß, welche mit Sicherheit die Geister zur Wahrheit zu führen, die Seelen geneigt zu machen weiß für Tugend und Opfer. Weder die Strenge der Gesetze, noch die Härte der menschlichen Gerechtigkeit, noch die bewaffnete Macht sind ausreichend, die augenblickliche Gefahr zu beschwören, und noch viel weniger, die Gesellschaft wieder auf ihren natürlichen und festen Boden zu stellen.

Ueberzeugt von dieser Wahrheit, glauben Wir, daß Unser Amt Uns auferlegt, dieses Heilswerk fortzusetzen, sei es, indem Wir die heilige Lehre des Evangeliums verbreiten, sei es, indem Wir alle Gemüther mit der Kirche und dem Papstthum versöhnen, sei es, indem Wir diesem und jener eine größere Freiheit verschaffen, um sie in den Stand zu setzen, mit reichlichen Früchten ihre wohlthätige Mission in der Welt zu erfüllen.

Es hat Uns gefallen, Hr. Cardinal, Sie zu diesem Werke heranzuziehen, indem Wir Uns viel versprochen von Ihrer Erfahrung in den Geschäften, Ihrer Thätigkeit, Ihrer erprobten Hingebung an den h. Stuhl und Ihrer Anhänglichkeit an Unsere Person. Zur Erfüllung dieses sehr edlen Zweckes wollen Sie, in Uebereinstimmung mit Uns, überall die Action des h. Stuhles einleiten, indem Sie dieselbe bei den verschiedenen Nationen anwenden, je nach den besondern Bedürfnissen und Umständen einer jeden.

In Oesterreich-Ungarn haben die ausgezeichnete Frömmigkeit des erhabenen Kaisers und apostolischen Königs, seine Ergebenheit gegen den h. Stuhl, eine Ergebenheit, in welcher die Mitglieder der erlauchten kaiserlichen Familie mit ihm sich eins fühlen, erreicht, daß die besten Beziehungen zwischen dem h. Stuhl und diesem Reiche bestehen. Dank diesen und der Einsicht der Männer, welche das Vertrauen ihres erhabenen Monarchen genießen, wird es möglich sein, in Oesterreich-Ungarn die religiösen Interessen zu fördern, Hindernisse zu entfernen, und in voller Uebereinstimmung Schwierigkeiten zu regeln, welche sich einstellen könnten.

Von dort richtet sich Unser Gedanke mit besonderem Interesse auf Frankreich, jene edle und hochherzige Nation, fruchtbar an katholischen Werken und Institutionen, immer werth der Päpste, welche sie betrachtet haben als die geliebte Tochter der Kirche. Beweis dafür ist Uns die Ergebenheit, welche seine Söhne für den hl. Stuhl zeigen, eine Ergebenheit, die Uns mehr als ein Mal den innigsten Trost bereitet hat. Dieses Gefühl besonderer Anhänglichkeit für diese Nation läßt Uns aber auch eine besonders lebhaft Trauer empfinden angesichts dessen, was sich dort behufs Schädigung der Religion und Kirche vollzieht. Wir begehnen die innigsten Wünsche, daß dem Uebel gesteuert werde und nach Entfernung des Mißtrauens die so wünschenswerthe Eintracht zwischen dem hl. Stuhl und Frankreich herrschen könne unter Beobachtung der feierlich geschlossenen Verträge, ihrem Buchstaben und Geiste nach.

Wir haben nicht weniger Herz für Spanien, welches durch seinen unerfütterlichen Glauben den glorievollen Titel einer katholischen Nation sich verdient hat, und welches seinem Glauben einen großen Theil seiner Größe verdankt. Sie, Herr Cardinal, haben aus der Nähe das Volk schätzen, aber auch die besondern Bedürfnisse desselben kennen gelernt. Unter diesen steht in erster Linie die Einigkeit unter den Katholiken bei der hochherzigen und uneigennütigen Vertheidigung der Religion, bei der Hingebung an den hl. Stuhl, bei der gegenseitigen Liebe, auf daß sie sich nicht fortzählen lassen durch persönliche Zwecke und Parteilichkeit. Die herzlichsten Beziehungen, welche diese treue und edle Nation zu Uns unterhält, die Frömmigkeit der Königin-Regentin, ihr kindlicher Gehorsam gegen den Statthalter Christi geben Uns die Gewißheit, daß Unsere väterliche Sorge für die katholischen Interessen und Wohlfahrt dieses Königreiches günstige und glückliche Erfolge erzielen wird.

Die engen Bande der gemeinsamen Abstammung, Sprache und Religion, sowie die Festigkeit im Glauben der Väter, welche die Bevölkerungen Südamerica's und Spaniens vereinigen, veranlassen Uns, dieselben auch nicht in den besondern Bemühungen von einander zu trennen, die Wir gleichmäßig ihrem gemeinsamen Vortheil zu widmen haben werden.

Nicht übergehen dürfen Wir die portugiesische Nation, welche so viel zur Verbreitung des katholischen Glaubens in fernem Ländern beigetragen und dem h. Stuhle so innig sich verbunden hat durch das Doppelband hingebenden Gehorsams und väterlichen Entgegenkommens. Noch vor kurzem konnten Wir, auf Grund gegenseitiger Uebereinstimmung und zur Befriedigung beider Theile, die sehr schwierige und verwickelte Frage bezüglich des ostindischen Patronates mit Portugal regeln. Auch in Zukunft hoffen Wir bei der Regierung dieses Landes die gleichen günstigen Gefinnungen zu finden, welche Uns in Stand setzen, das Wachstum der Religion im Königreich wie in seinen Colonien mehr und mehr zu befördern.

Diesen katholischen Nationen schließen Wir auch Belgien an, wo der religiöse Gedanke stets so lebhaft und wirksam ist. Unserer besondern Zuneigung für Belgien entsprechen, sprechen Wir die Hoffnung aus, daß die wohlthunende Wirksamkeit der Kirche immer reicher sich ausbreiten möge im öffentlichen und Privat-Leben.

In Preußen bedarf das Werk der Herstellung des Friedens auf religiösem Gebiete der Fortführung bis zum Ende. Der bis jetzt erreichte erhebliche Fortschritt, die wohlwollende Gefinnung Sr. Majestät des Kaisers und der gute Wille, von dem Wir fortwährend die Regierung befeelt sehen, lassen Uns auf den Erfolg Unserer Bemühungen zur weiteren Besserung der Lage der katholischen Kirche in diesem Königreiche und die auf Befriedigung der gerechten Wünsche der kathol. Bevölkerung hoffen, welche sich durch ihre Entschlossenheit und ihr standhaftes Ansharren so hoch um die Religion verdient gemacht hat.

Die gleiche Sorge wollen Wir auch auf die verschiedenen

Staaten des Deutschen Reiches ausdehnen, auf daß jene Gesetze, welche der Kirche nicht die zur Ausübung ihrer geistigen Macht nöthige Freiheit belassen, beseitigt oder abgeändert werden. Gebe der Himmel, daß Alle sich entschließen, diesen Weg zu betreten. Einen besondern Wunsch sprechen Wir aus für das katholische Königreich Baiern, welches vorzugsweise enge Bande an den h. Stuhl knüpfen; möge dort — das ist Unser inbrünstiger Wunsch — die Religion sich eines stets reichern und fruchtbarern Lebens erfreuen.

Glücklich wären wir, wenn Wir desgleichen in die übrigen nicht katholischen Staaten die guten und heilsamen Einflüsse der Kirche tragen und der Sache der Ordnung, des Friedens und öffentlichen Wohles Unsere Unterstützung leihen könnten; dort namentlich, wo es, wie in den weiten Besitzungen Englands, katholische Unterthanen in großer Zahl gibt, welchen Wir die ganze Sorge des höchsten apostolischen Amtes schulden, oder wo, wie in Rußland, die schwierige Lage der Kirche und der katholischen Unterthanen Unsere Bemühungen vorzugsweise nothwendig und wünschenswerth erscheinen läßt. Die Gewalt, mit welcher Wir befeleitet sind, umfaßt ihrer Natur nach alle Zeiten und Orte; demgemäß ist es Unsere Pflicht, das Wachstum der Religion zu befördern, wo sie bereits eine bedeutende Verbreitung besitzt, wie in den Vereinigten Staaten America's, und die Missionen in den noch barbarischen und heidnischen Ländern zu begünstigen. Nicht minder ist es Unseres Amtes, zur Einheit jene Völker zurückzurufen, welche sich leider von derselben getrennt haben. Namentlich wünschen Wir zurückzurufen die Völker des Morgenlandes, einst so ruhmreich und fruchtbar an Werken des Glaubens; vor allem die Völker Griechenlands, welche Wir, nach dem Beispiel vieler Unserer Vorgänger, mit dem Mittelpunkt der katholischen Einheit wieder vereinigt zu sehen und zum alten Glanze zu erwecken innig wünschen.

Aber ein anderer Punkt fordert beständig Unsere Aufmerksamkeit, welcher für Uns und Unsere apostolische Machtvollkommenheit von höchster Bedeutung ist. Wir reden von Unserer gegenwärtigen Stellung in Rom, anlässlich des unheilvollen Zwiespaltes zwischen dem römischen Papstthum und Italien, wie es augenblicklich officiell besteht. In einer so bedeutungsvollen Angelegenheit wollen Wir Ihnen Unsere Anschauung eingehender entwickeln.

Mehr denn ein Mal haben wir das Verlangen geäußert, das Ende dieses Zerwürfnisses zu sehen. Noch in der Allocution im Consistorium vom 23. Mai haben Wir Zeugniß von Unserer Entschließung abgelegt, in hervorragender Weise wie auf die andern Nationen, so auch auf Italien das Werk der Herstellung des Friedens auszudehnen, welches Land Uns aus so vielen Gründen so theuer und eng verbunden ist. Um jedoch hier zur Eintracht zu gelangen, genügt es nicht, wie anderwärts, für ein besonderes religiöses Interesse zu sorgen, feindselige Gesetze abzuschaffen, oder zu ändern, ungünstige Stimmungen, von denen Wir bedroht sind, zu beseitigen; vielmehr muß hier außerdem und an erster Stelle in entsprechender Weise die Lage des Oberhauptes der Kirche geregelt werden, welche seit vielen Jahren durch Gewalt und Unrecht Seiner unwürdig geworden und mit der Freiheit des Apostolischen Amtes unverträglich ist.

Zu diesem Zwecke haben Wir in der erwähnten Allocution als Grundlage des Friedens die Gerechtigkeit und die Würde des Apostolischen Stuhles bezeichnet und für Uns einen Stand der Dinge gefordert, in welchem der römische Papst Niemanden unterworfen ist und eine volle, nicht bloß scheinbare Freiheit genießen kann. Wir haben keinen Anlaß geboten, Unsere Worte mißzuverstehen oder gar in einem Unsern Gedanken durchaus entgegengesetzten Sinne zu entstellen. Klar ging aus denselben der von Uns gewollte Sinn hervor, daß nämlich die unbedingte Voraussetzung der Herstellung des Friedens in Italien die Wiederherstellung einer wahren Souveränität des römischen Papstes sei. Denn bei dem gegenwärtigen Zustande befinden Wir Uns offenbar nicht sowohl in Unserer eigenen Gewalt als in der Gewalt Anderer, von deren Willen es abhängt, selbst die Bedingungen Unserer Existenz nach dem Wechsel der Personen und Umstände zu ändern, wann und wie es ihnen gefällt. Wir sind mehr in fremder Gewalt als in Unserer eigenen: das haben Wir mehr als ein Mal wiederholt. Darum haben Wir stets im Verlauf Unseres Pontificats pflichtgemäß eine wirkliche Souveränität für den römischen Papst zurückgefordert, nicht aus Ehrgeiz, nicht auf irdische Größe abzielend, sondern als wahre und wirksame Bürgschaft seiner Unabhängigkeit und Freiheit (Schluß folgt.)

□ Der Frauenschuß in den Fabriken, wie er durch die Anträge der Centrumsfraction bezweckt und durch den Reichstag, wenn auch in abgeschwächter Form, angenommen ist, bewegt sich in einer fünffachen Richtung: a. Schutz der Arbeiterinnen; b. Beschränkung der Be-

schäftigung verheiratheter Frauen; c. Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit der Arbeiterinnen; früher Schluß der Arbeit an Samstagen; d. Trennung der Geschlechter in der Fabrik; e. Ausschluß der Arbeiterinnen aus gewissen, die Gesundheit und Sittlichkeit gefährdenden Produktions-Gebieten.

ad a. hat der Reichstag beschlossen, die bisher schon für Arbeiterinnen vorgesehene freie Zeit von 3 Wochen auf vier Wochen zu erhöhen. ad b. ist bestimmt, daß verheirathete Frauen ebenso wie „junge Leute“ (von 14—16 Jahren) in Zukunft nur 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Wir behalten uns vor, auf diese Bestimmungen noch ausführlicher zurückzukommen. ad c. hat der Reichstag das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit der Arbeiterinnen ausgesprochen, außerdem den Schluß der Arbeit für dieselben an den Vorabenden vor Sonn- und Festtagen auf 6 Uhr angesetzt. Die Nacht im Sinne der Gewerbeordnung dauert von 8 1/2 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens. Nach den Reichstagsbeschlüssen darf ausnahmsweise mit Ortspolizeilaubnis über 8 1/2 hinaus bis spätestens 11 Uhr gearbeitet werden, falls die Arbeitsdauer höchstens 14 Stunden beträgt. Da auch heute schon von 5 1/2 Uhr Morgens bis 8 1/2 Uhr Abends gearbeitet werden darf, die Begrenzung der Arbeitszeit aber vorläufig nicht zur Verabreichung stand, so wird durch diese Ausnahmebestimmung, wie schon früher ausgeführt, bezüglich der Arbeitsstunden nichts geändert, nur können die beabsichtigten Arbeitsstunden nicht auf den Morgen (durch früheren Beginn der Arbeit) auf den Abend verlegt werden, je nach dem es beliebt wird. Dem Arbeitgeber kann es gleich sein, ob die Ueberstunden durch früheren Anfang oder späteren Schluß der Arbeit erzielt werden. ad d. soll für die Trennung der Geschlechter nach Möglichkeit gesonderte Umkleide- und Waschräume eingerichtet werden. ad e. ist festgestellt, daß vom 1. April 1890 ab Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden als: Gaspelzieherinnen bei Bergwerken, Gruben und Bräuen, bei den Dafen, Walzenstrahlen und Hämmern in Hütten-, Walz- und Hammerwerken, — in Metall- und Steinbleichereien mit maschinellen Betrieben — auf Werften sowie als Lastträgerinnen bei den Hochbauten und auf Bruchhöfen.

Um mit letzterer Bestimmung zu beginnen, so wollte der Antrag des Centrums die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, unterirdisch betriebenen Bräuen und Gruben, in Bauhöfen, auf Hochbauten, Werften, in Hütten-, Walz- und Hammerwerken und Schleifereien, sowie in Räumen, in welchen giftige Stoffe verarbeitet werden, überhaupt verboten wissen, unter Genehmigung entsprechender Ausnahmebefugnisse des Bundesraths. Dieser Antrag wurde jedoch voriges und dieses Jahr abgelehnt und konnte nur das Wenige, was die Reichstagsbeschlüsse noch bieten, gerettet werden. Schon längst hatte der Reichstag das Recht, die Verwendung von Arbeiterinnen für gewisse Fabricationszweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen, oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen (§ 139a), aber er hat trotz manigfacher Anregungen nur spärlich davon Gebrauch gemacht. Wesentlich nur für dieselben Betriebszweige, in welchen auch die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern geregelt ist: für Walzwerke, Glashütten, Drahtziehereien mit Wasserbetrieb und Bleifarben- und Bleizuckerfabriken. Es werden z. B. in der obersteleischen Montanindustrie neben 64,000 männlichen Arbeitern annähernd 12,000 Arbeiterinnen beschäftigt, davon 3700 Arbeiterinnen in Tag- und Nachtschicht. Nach der eigenen Darstellung des Obersteleischen „Berg- und Hüttenmännischen Vereins“ wurden 1886 beim Steinkohlenbergbau beschäftigt: 3767 Arbeiterinnen, von denen 3585 ledig, 33 verheirathet, 176 Wittwen. Nur während des Tages waren beschäftigt 2675, nur während der Nacht 58, abwechselnd in Tag- und Nachtschicht: 1034. Die Beschäftigung besteht theils im Reinigen der Bureauräume, Bodenbänke, Grubenplätze, Schachtgebäude u. und in Botengängen, theils im Verladen der Kohlen in Waggonen durch Auf- und Abfahren der Förderwagen auf die Ausfuhrvorrichtungen, in der Bedienung der Separationsvorrichtungen, in dem Abfahren unverwerthbaren Staubes, in dem Verladen von Kohlenhalben, sowie in dem Anfahren der Kohlen zu den Rosthöfen. Die Dauer der Schicht beträgt 12 Stunden, in welche eine Stunde Pause fällt. (Außer den naturgemäß vorkommenden kleineren Pausen.) Es klingt fast wie Hohn, wenn derselbe Bericht beifügt: „Mit Ausnahme des Reinigens der Bureauräume finden sämtliche Arbeiten in freier Luft oder in gut ventilirten Räumen, in welchen auch der Sommer- und Wintertemperatur Rechnung getragen wird (!) statt.“ Allerdings, an „Ventilation“ wird's nicht fehlen — in Wind und Wetter, bei Hitze, Hitze und Kälte! In ähnlicher Weise wurden beschäftigt beim Zink- und Bleibergbau: 2684 Arbeiterinnen davon im Aufwinden der Fördergefäße am Gaspel, Ausfürzen resp. Fortfärzen des Erz 410; bei der Eisen- und Stahlfabrication 1116; beim Zinkhüttenbetrieb 1527 Arbeiterinnen. Und das sollen normale Zustände sein?! Ohne den Zwang des Gesetzes kennt man im Westen (Rheinland und Westfalen) kaum eine solche Beschäftigung von Arbeiterinnen. Gerade die schwersten und schmutzigsten Arbeiten werden in Schleifen denselben zugemutet und — der Bundesrath thut nichts zur Abhilfe! Ebenso sieht man nur in Süddeutschland und vereinzelt auch in Norddeutschen Städten bei Hochbauten Arbeiterinnen die schwersten Lasten (Biegel u.) tragen — ein widerwärtiger Anblick, bei dem man nicht weiß, ob man mehr dem Mitleid oder der sittlichen Entrüstung Raum geben soll. Ist es da nicht angemessen, daß dort, wo die Sittlichkeit nicht stark genug ist, durch Gesetz nachgeholfen wird?

Bezüglich der Nachtarbeit der Arbeiterinnen hat schon früher der Bundesrath auf Anregung der Düsseldorf-Regierung bei den verschiedenen Regierungen Anfrage gehalten und sind im vorigen Jahre die bezüglichen „Mittheilungen“ der Arbeiterkommission unterbreitet worden. Demgemäß waren in Industriezweigen mit regelmäßiger

Tag- und Nachtschicht das ganze Jahr hindurch in Preußen in 191 Betrieben 3161, im deutschen Reich in 222 Betrieben 4080 Arbeiterinnen beschäftigt; in der Campagneindustrie und zwar in Zuderfabriken in Preußen in 236 Betrieben 6510, in Deutschland in 306 Betrieben 7796 Arbeiterinnen. Im Königreich Sachsen, welches getrennte Angaben gemacht hat, wurden außerdem in beiden Industriezweigen zusammen in 28 Betrieben 1100 Arbeiterinnen Nachts beschäftigt. Sonst kam die Nachtarbeit nur in einzelnen Betrieben oder zu bestimmten Jahreszeiten resp. bei dringenden Aufträgen vorübergehend vor. Nur in Zeitungsdruckereien, in verhältnißmäßig neueren Industriezweigen, wie in Kunst- und Wolstoffabriken, scheint in der Mehrzahl der Betriebe die Nachtarbeit zu bestehen. Die Mittheilungen halten die Nachtarbeit in Zuderfabriken für ungefährlich und unentbehrlich und wird der Bundesrath wahrscheinlich in dieser Beziehung, wenn er den Gesetzentwurf des Reichstages annimmt von seinen Ausnahmebefugnissen Gebrauch machen. Außerdem werden Ueberstunden für gewisse Industriezweige für notwendig erachtet. Im Uebrigen ist die Zahl der Nachts beschäftigten Arbeiterinnen so gering, daß ein Verbot jedenfalls ohne Bedenken ausgesprochen werden kann.

Die Bedeutung eines solchen Beschlusses liegt vor allem darin, daß in Folge der Verallgemeinerung des elektrischen Lichtes die Nachtarbeit sehr erleichtert wird und deshalb auch solche Fabriken, welche an und für sich der Nachtarbeit gar nicht bedürfen, bloß zum Zwecke reichlicher Ausnutzung des stehenden Capitals versucht sind, zur regelmäßigen Nachtschicht überzugehen. Erachtet doch schon der „Pfälzische Gewerkschaftsverband“ in Kaiserslautern, die Beschäftigung von Frauen zur Nachtzeit in manchen Betrieben, so der Textilbranche, für unentbehrlich. Da heißt's bei Zeiten vorbauen, und es ist in der That unbegreiflich, daß der Bundesrath, der auf Grund des § 139a der Gewerbeordnung berechtigt ist, die Nachtarbeit von Arbeiterinnen zu verbieten, resp. zu beschränken, von diesem Recht nicht bereits Gebrauch gemacht hat.

Das Verbot der Sonntagsarbeit und der frühere Schluß der Arbeit für Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage (um 6 Uhr) spricht sich selbst. Fabriken, welche Arbeiterinnen in umfassendem Maße beschäftigen (z. B. Spinnereien und Webereien) werden damit überhaupt um sechs Uhr schließen müssen, — eine Folge, die namentlich den katholischen Arbeitern lieb sein wird.

Deutschland.

FC. Berlin, 27. Juli. Im Stöcker'schen Christlich-Soc. Corr. Bl. wird heute die Betrachtung über die der Partei „zur inneren Neubelebung und Kräftigung“ notwendige „neue Arbeit“ fortgesetzt, aber noch nicht zu Ende geführt. Die neue Arbeit soll sich nach innen und außen richten. In Bezug auf die innere Arbeit seien Vorarbeiten in Werke, welche zunächst den Bezirksräthen zur Mitberathung, dann der ganzen Partei als Instruction zugehen würden. Nach außen hin aber werde sich die Partei mehr „wirklich positiver Arbeit“ zuwenden müssen. So werde die Partei gerne die Regierung bei der Weiterführung ihrer Socialreform unterstützen aber auch zugleich für einen wirksamen Arbeiterklub — der wichtiger sei wie die Arbeiter-Versicherung — eintreten und zugleich „die Forderungen der Socialdemokratie, soweit sie berechtigt und ausführbar sind, im Interesse der Gerechtigkeit und des sozialen Friedens herleiten. Die Socialdemokratie zu bekämpfen, wenn wir die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht unterstützen wollten.“ Außerdem werde die Partei aber noch gemäß ihrem Programme eine progressive Einkommensteuer, eine progressive Erbschaftsteuer bei größerem Vermögen und entferntem Verwandtschaftsgrade, eine gehörige Börsensteuer und hohe Luxussteuern verlangen. Die jebige Börsensteuer könnte „gut fünfzigmal höher“ sein. „Das mobile Capital, die faule Rente und das Börsenspiel sollen und müssen noch mehr „bluten“ zu Gunsten der Vorkämpfer.

Wie man sieht, soll sehr radical vorgegangen werden, um den seit der letzten Reichstags-Partei-Brüderlichkeit eingetragenen Fahrenflucht der Mitglieder der Partei zu steuern. Die Praxis wird aber wohl noch manchen Tropfen Wasser in den gährenden Most gießen. Interessant ist es jedenfalls, daß man den hiesigen Socialdemokraten besonders dadurch zu Leibe gehen will, daß man deren „berechtigten und ausführbaren“ Forderungen acceptirt. Voraussetzungsweise wird man die Erfahrung machen, daß die Socialdemokraten alle ihre Forderungen für „berechtigten und ausführbaren“ halten. Auch heute fehlt es in der Betrachtung über die „neue Arbeit“ nicht an scharfen Ausfällen auf die „Pseudoconservativen, sogenannten antipolitischen Bürgervereine werden geradezu als „patriotische Vergnügungsvereine ohne höhere politische Bedeutung“ bezeichnet. Es wird also die höchste Zeit, daß die in diesen Vereinen noch Ehrenämter einnehmenden Mitglieder der Christl.-soc. Partei der Aufforderung des Corr. Bl. in der letzten Nummer folgen und schleunigst zur Mutterpartei zurückkehren. Da die Betrachtung über die „neue Arbeit“ noch immer nicht abgeschlossen ist, so wird man nur noch den Schlussartikeln abwarten haben, bevor sich ein Endurtheil über die erstrebte Reorganisation der Stöcker'schen Partei abgeben läßt. Soviel möchten wir Hrn. Stöcker freilich schon raten, sich lieber etwas mehr um den Niedergang seiner christlich-socialen Partei zu bekümmern, als in der von ihm herausgegebenen „Deutschen Evangel. Kirchen-Ztg.“ über „Irrethrum und Mißbräuche der römisch-katholischen Kirche“ zu irreführen.

Ein recht merkwürdiges Urtheil über die Börsenbesucher in Wien findet sich in der Wiener N. Fr. Pr. Demnach soll sich bei der Enquete über die Börsensteuer der Wiener Experte Futterstraßer gegen eine Erhöhung der Eintrittsgelder ausgesprochen haben. „Wenn Sie — soll der Experte gesagt haben — sich die Mühe nehmen möchten, sich das Gros der Börsenbesucher anzuschauen, so glaube ich kaum,

daß Sie den meisten auch nur einen Guldenzettel von einem Tage zum andern leihen möchten.“

Die Berl. Pol. Nachr. erklären anscheinend officiös die Behauptung für unrichtig, daß das auswärtige Amt, wenn es auch keine directen Schritte zur Rückberufung des Dr. Peters unternommen habe, doch eine weitere Thätigkeit desselben in Ostafrika nicht wünsche. Herr Schweinhurg ist nach nochmals eingeholten Informationen aus nächstgelegener Quelle zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Version vollständig aus der Luft gegriffen ist, und bemerkt, daß bis zu diesem Augenblick nicht der geringste Anlaß vorliegt, Herrn Dr. Peters von seiner Mission in Ostafrika zurückzuberufen. So wenig Bedeutung einem officiösen Dementi auch beizulegen ist, so mag es doch richtig sein, daß das auswärtige Amt in dieser Angelegenheit nicht hervorgetreten ist. Damit ist jedoch die Thatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Rückberufung des Dr. Peters von dem Directorium der ostafrikanischen Gesellschaft geplant wird. Gerade die Partnachricht, mit der in allen Dementirungen nur die Vetheiligung des auswärtigen Amtes in Abrede gestellt wird, läßt den Schluß zu, daß der Kern der Nachricht, die geplante Rückberufung selbst, richtig ist. Selbst so colonialfreundliche Blätter wie die „Nat. Ztg.“, die „Post“ und die „Kreuz-Ztg.“ haben diese Nachricht mitgetheilt und bis jetzt nicht bestimmt widerufen.

Der Gouverneur von Camerun, Frhr. v. Soden, der seit Kurzem hier weilte, hat sich zur Cur nach Wiesbaden begeben. Sehr gesund ist das Klima weber in unsern westafrikanischen noch in den ostafrikanischen Besitzungen. Das ostafrikanische Unternehmen hat schon eine große Zahl von Opfern gefordert. Gestagt wird darüber, daß die ostafrikanische Gesellschaft bezüglich der in ihrem Dienst Verstorbenen ein Verfallsungssystem beobachtet. So wird in einer Zuschrift an die „Straßburger Post“ Bescheid darüber geführt, daß über die Todesursachen des Zollamts-Assistenten Schönburg selbst auf directe Anträge nichts mitgetheilt wird.

Die Nordostsee-Canal-Linie ist nunmehr amtlich endgiltig festgestellt. Sie weicht an manchen Punkten nicht unerheblich von der ursprünglich projectirten Linie ab. Besonders der westliche Theil läuft etwa 2 Kilometer südlicher als früher beabsichtigt war. Die Vorbereitungen für den Canalbau sind auch dadurch einen bedeutenden Schritt weiter gekommen, daß die Verhandlungen mit den Communalverbänden bezüglich der Entwässerungsverhältnisse z. bereits stattgefunden haben.

Während in unsern Gewerfabriken bisher mit Hochdruck gearbeitet wurde — hat man doch selbst die Nachtzeit und den Sonntag nicht unbenutzt gelassen —, scheint jetzt der Bedarf an Gewehren im Ganzen gedeckt zu sein. In Spandau ist bereits 300 Arbeitern zum nächsten Zahlungstage gekündigt worden.

Bekanntlich hat der Centralverband deutscher Industrieller in einer Denkschrift zu den Arbeiter-schutzhaupten des Reichstages und zu den Beschlüssen der Commission Stellung genommen und darin die im Reichstage genaugen beleuchtete Behauptung vertreten, daß gerade im Interesse der industriellen Arbeiter die Arbeiterschutzanträge zu verwerfen seien. In der am Montag zu Berlin abgehaltenen Sitzung des Directoriums wurde beschlossen, diese Frage vorläufig als erledigt zu erachten, „nachdem die Annahme wohlberechtigt erscheint, daß die verbündeten Regierungen auf die Beschlüsse des Reichstages nicht eingehen werden.“ Dagegen wird der Verband demnächst Stellung zur Invaliden- und Altersversicherung nehmen, natürlich in derselben „arbeiterfreundlichen“ Weise.

Die „Post“ bringt eine aus Zürich datirte sehr ausführliche Mittheilung, in welcher Weise der geheime Vertrieb der socialdemokratischen Schriften von Zürich aus nach Deutschland vor sich geht. Es heißt darin u. A.: „Für nicht weniger als 10,000 M. importirt die hiesige „Vollsbuchhandlung“ in jedem Monat verbotene Schriften nach Deutschland, wobei freilich ein Drittel der Summe als Speditionskosten in Abzug zu bringen ist. Der „Socialdemocrat“, dessen Auflage gegenwärtig die Höhe von 12,000 erreicht hat, wird allwöchentlich in ungefähr 9000 Exemplaren heimlich in Ballen über die deutsche Grenze geschafft, während etwa 400 Exemplare in verschlossenem Couvert direct durch die Post an deutsche Empfänger gelangen.“ Als oberster Leiter des gesamten Betriebes wird der frühere Reichstagsabgeordnete Wotteler bezeichnet. Die „Post“ bringt zur Verhinderung des Schmuggels eine einheitliche und wohlorganisirte Ueberwachung der Schweizergrenze in Vorschlag. Die politische Polizei müsse zu einer selbständigen centralisirten Behörde umgewandelt werden.

Die Wiener „Presse“ meldet, dem österreichischen Finanzministerium sei durch das auswärtige Amt die Einladung der englischen Regierung zur Theilnahme an der internationalen Konferenz zur Verabreichung der Aufhebung der Zuderprämien zugegangen. Die englische Regierung habe bereits im April in Wien angefragt, ob Oesterreich an einer solchen Konferenz theilnehmen würde. Die Regierung habe erwidert, daß sie sich nicht binden könne, so lange England nicht bestimmte Vorschläge mache. Die Einladung, welche nunmehr in den letzten Tagen eingetroffen, enthalte bereits die Vorschläge Englands. Von Berlin aus wird über diese Frage der „Magdeb. Ztg.“ geschrieben: „In der letzten Zeit ist mehrfach in Tagesblättern und Fachzeitschriften die Rede davon gewesen, daß auf dem Wege internationaler Abmachungen die Zuderprämien abgeschafft werden sollten. Der Plan selbst ist nicht neu, er hat die Parlamente und die Finanzminister der an dieser Frage theilnehmenden Staaten wiederholt beschäftigt. Insbesondere ist er im deutschen Reichstage eingehend erörtert worden. Kürzlich hat noch der Staatssecretär im Reichsschatzamt, Dr. Jacobi, erklärt, daß die Reichsregierung durchaus bereit sei, in Verhandlungen mit den anderen Staaten einzutreten, um ein dahin zielendes Abkommen zu erwirken. Die Vorsehung hat dabei natürlich, daß alle theilnehmenden Staaten einem solchen Abkommen in bindender Weise beitreten. Von sachmännlicher französischer Seite wird jetzt indessen betont, daß Frankreich zunächst den ande-

ten Staaten Vortritt laßt, seit mit dem dies sein sollte, der ganze industriell in deutschen, aufgetreten, wenn Deutsch wären, ein einbaren, versprochen.

Gambur den hiesigen getrennt eingeleitet, führt aus, der Vertretung Tischler-Zm des Staates sprach getrennt in Massen in der Straße Wörzbr wiederum in abstimmen. Später Erich nächste Wah

b. Brüst eine geheime knapper Nach unterbreiteten Guiller, Les Volkstretre und zwar vor erlangte Affaire van sich dieselbe dienstleirige, „Manifestation“ indeß bis das genossen der Wiedervereini Neubelebung Eingangs ern neten wird die Rechte der S Abgeordneten vorliegend?

— sämtliche mal auf Gru wirklich einig ciellen alten keit eingeschlo fielen, die Wi der radicalen allenthalben Union, die E

Nur wenig Blätter behalt Wir fragen mi mit einem Sch wollen? Ueber titel 47 bis 5 die Nothwendig ziehen? Und nichts vor, in den Jahren die liberale A die maßgebend Verwirrung o hiervon nichts, und die Rechte entgegenstehen. heimen Sitzung eine Abweichur

Die Angele Kammerführung scheint im So nach hat Woei mal davon Ab gegen den Göt machen und fo ist der Abschlü sehen. Daß r der Kammer i gewiß nicht z seiner Officiere hat, ist keinesr waren nicht be und aus diesem General vor u falls im Schoo des Ereignisses Kenntnis von i hat derselbe v ober gar direct

In solchm außerordentliche des Monarchen gischen Katholik ist der Sache e So auffallen Anspache des vollkommen aus demselben Geba seiner Villa zu Pronunciamento der König ein f

gettel von einem

heinend officiös
wärter Amt,
Rückberufung
eine weitere
Herr Schwein-
tionen aus nahe-
tigt, daß diese
und bemerkt,
ste Anlaß vor-
in Ostafrika
officiös De-
chtig sein, daß
nicht hervorge-
nicht aus der
Peters von
schaft geplant
allen Deme-
gen Amts in
der Kern der
richtig ist.
Nat. Bztg.,
Nachricht mit-

hr. v. So-
ur nach Wies-
weder in un-
Besitzungen.
e große Zahl
daß die oft-
Dienst Ber-
t. So wird
Beschwerde
es Hollands-
nichts mit-

bisher mit
die Nacht-
scheint
ft zu sein.
chten Zah-

deutscher
Arbeiter-
Beschlüssen
im Reichs-
daß grade
terstgung-
zu Berlin
beschlossen,
nachdem die
betreten Re-
et eingehen
Stellung
nützlich in

sehr aus-
Vertrieb
Deutsch-
nicht we-
buchhand-
Deutschland,
tionkosten
essen Auf-
hat, wird
einmlich in
etwa 400
Weiter des
abgeord-
Verbinde-
organisierte
Die poli-
tierten Be-

ichischen
Amt die
an der
der Auf-
englische
fragt, ob
würde.
en könne.
Die Ein-
getroffen,
Berlin
geschrieben:
tern und
dem Wege
mien ab-
nen, er
an dieser
Inzbe-
erörtert
Reichs-
g durch-
Erstam-
ermög-
alle be-
nender
er Seite
an ande-

ten Staaten, insbesondere Deutschland und England, den Vortritt lassen müßte, ungewiss, ob später auch seinerseits mit der Ausfuhr der Prämien nachfolgen würde. Wenn dies wirklich Absicht der französischen Regierung sein sollte, so kann heute versichert werden, daß damit der ganze Plan gescheitert ist, noch bevor seine Ausführung ernstlich in's Auge gefaßt ist. Gerade die französische Zuckerindustrie ist neuerdings in erfolgreichem Wettbewerb mit der deutschen, österreichischen und englischen auf dem Weltmarkt aufgetreten. Sie ist den letzteren vollständig genug, wenn Deutschland, Oesterreich und England ihr die nötigen Waren, einseitig die Abfuhr der Prämien zu verweigern. Nur wenn Staaten ohne Ausnahme sich dazu verpflichten, könnte ein solches Verbot durchgesetzt werden.

Hamburg, 26. J. Die Polizeibehörde löste heute den hiesigen Tischlerverein auf aus Anlaß des gestern eingetragenen Kiffeler-Streikes. Die Begründung führt aus, daß der Versuch, das Staatsrecht mit der Vertretung der gewerblichen Interessen betraute Institut (die Kiffeler-Zinnung) zu sprengen, sei dadurch zu verhindern, daß der Staat die Ordnung in Widerstand trete. Die Mitglieder des Fachvereins traten in Massen in den Verband. Tischlervereine Hamburgs ein. Der Streik dauert fort.

Würzburg, 27. J. Der heutige Wahlgang war wiederum ungünstig, weil zwei Drittel der Wahlmänner abstimmten. Die Liberalen behielten sich nämlich wegen zu spätem Erscheins eines Mannes der Abstimmung. Der nächste Wahlgang ist auf 20. September festgesetzt.

Agien.

b. Brüssel, 26. Juli. Heute hält die katholische Rechte eine geheime Sitzung. Am 14. Tagen die Kammer mit knapper Mehrheit die d'Alton'sche Gesetzesvorlage ablehnte, unterbreiteten die liberalen Abgeordneten (Gouzeau, Fichet, Guillery, Lescaerts, Janssen, Durieux und Waroquier) der Volksvertretung einen Antrag auf Revision der Verfassung und zwar vorab auf Artikel 47 bis 56. Der erstgenannte Artikel behandelte das Wahlgesetz. Soweit die Affaire von der Smitten dreifache Raum gelassen hat, hat sich dieselbe mit diesem Vorschlag beschäftigt. Die dienstfertige „Reform“ hat ihren Spalten eine Rubrik: „Manifestationen zu Gunsten der Revision“ angelegt, welche indes bis dato noch sehr leiblich ist; die Gesinnungs-genossen der „Reform“ haben diesmal die oft erträumte Wiedervereinigung der belgischen Liberalen und damit eine Neubildung der zerrütteten Partei für unaussprechlich. Die Eingangs erwähnte Versammlung der katholischen Abgeordneten wird sich mit der Stellungnahme beschäftigen, welche die Rechte der Sache gegenüber nehmen hat. Die liberalen Abgeordneten selbst vereinigen zu gleichem Zweck am bevorstehenden Donnerstag. Mit — wie schon angedeutet — sämtliche Liberale, Doctoren und Radikale seien diesmal auf Grund des gemeinsamen Interesses ihrer sieben Kollegen wirklich einig und sogar Freyhan und Varea, die officiellen alten Führer der Doctoren, in diese schöne Einigkeit eingeschlossen. Die Ansicht, die so oft in Nichts zerfielen, die Wiedervereinigung, dürfte werden besonders in der radikalen Presse mit wunderbarem Ausmaß und allenthalben schallt der freudige Ruf: Es lebe die Union, die Einigkeit der Liberalen.

Nur wenige der besonnenen, konservativen, doctrinären Blätter behalten dieser Kundgebung klaren Verstand. Wir fragen mit ihnen, über was denn nun mit einem Schlag die Feinde des Liberalismus einig sein wollen? Ueber die Nothwendigkeit einer Revision der Artikel 47 bis 56 der Verfassung noch lange nicht! Ueber die Nothwendigkeit, diese Revision ernstliche Erörterung zu ziehen? Auch eine solche Einigkeit liegt bis zur Stunde nirgends vor, ist vielmehr noch wenig vollkommen, als in den Jahren 1871 und 1883. Die liberalen aber hat die liberale Annahme bereits Entschiedenheit gemacht, daß die maßgebenden katholischen von einer unheilvollen Verwirrung ob der Revisionserwartung seien. Wir wissen hiervon nichts, können vielmehr sehen, daß die Regierung und die Rechte dem erneuten Mißtrau mit alter Gelassenheit entgegenstehen. Wenn gleich die Lüge der heutigen geheimen Sitzung zur Stunde noch bekannt ist, wird eine Abweichung von der bisherigen Politik nicht eintreten.

Die Angelegenheit von der S. sollte in der heutigen Kammerung ihre Erledigung finden, allein auch diese Sache scheint im Sande zu verlaufen. Wahrscheinlichkeit nach hat Woeite, der Führer der liberalen Majorität, diesmal davon Abstand genommen, den General und damit gegen den Wöner des Liberalen, dessen König, Front zu machen und somit seine Interpellation zu unterlassen. Immerhin ist der Abschluß der Frage nicht bestimmt vorauszu-
sehen. Daß von der Smitten Actionäre Abstimmung der Kammer in der Militärreform verurtheilt, ist ihm gewiß nicht zu verdenken, daß ein General angeführt seiner Officiere am Festtage der Dynastie gethan hat, ist keineswegs zu billigen. zühörenden Officiere waren nicht berechtigt, zu applaudieren und zu protestieren, und aus diesem Grunde gehen die Liberalen gegen den General vor und fordern eine öffentliche Discussion des Vorfalls im Schooße des Parlamentes. Wesentliche Punkt des Ereignisses bleibt jedenfalls: Wie hatte der König Kenntnis von dem Vorgehen des hiesigen Generals, hat derselbe vielleicht die Maßnahme desselben gebilligt, oder gar direct veranlaßt?

In solchem Falle gewänne der König in der That eine außerordentliche Bedeutung, wir hätten eine Auszeichnung des Monarchen gegen den allzu coolen Geist der belgischen Katholiken vor uns. Wie das versichert wird, ist der Sache eine solche politische Note nicht beizulegen. So auffallend die Anekdote von dessen der neuen Ansprache des Königs an die Bürger, es erscheint vollkommen ausgeschlossen, daß eine Manifestation von demselben Gedanken dictirt sein. U. H. befand sich in seiner Villa zu Ostende, als ihm die Theilnahme über das Pronunciamento von der Smitten's il wurde und soll der König ein solches Vorgehen seinerseits in lautester

Weise getadelt haben. Unter diesen Umständen dürfte es dem Ministerium leichter geworden sein, den Abgeordneten Woeite dahin gebracht zu haben, auf seinen Strafantrag Verzicht zu leisten.

Frankreich.

Paris, 28. Juli. Auf dem gestrigen Bankett in Havre hielt de Heredia eine Rede, worin er darauf hinwies, daß die Politik der Regierung dahin strebe, auf allen Gebieten das von der Demokratie, welche des fortwährenden Kampfes müde sei, geforderte Einvernehmen herzustellen. Der Marineminister brachte einen Toast auf Marine und Armee aus; General Guirry erwiderte, die Armee beschränkte sich darauf, ihre Aufgabe zu erfüllen, ohne sich mit innern Agitationen zu beschäftigen; sie werde unter allen Umständen ihre Pflicht thun; das Land und die Regierung könnten auf sie zählen.

England.

London, 28. Juli. Auf einer gestern in Norwich statt-
gehabten conservativen Versammlung hielt Lord Salisbury eine Rede, worin er dahin sich ausdrückte, daß Ägypten jetzt im Zustand vollkommener Ruhe sich befinde; die Gefahr, von aufständischen Stämmen angegriffen zu werden, scheine für das Land gänzlich beseitigt; auch mache Ägypten anscheinend Fortschritte in der Civilisation, welche die Regierung dem Lande dauernd zu sichern hoffe. England habe durch die Nichtratifizierung der englisch-türkischen Convention durch den Sultan nichts verloren. Ägypten habe aber die Bemühungen Wolff's zwei Jahre Ruhe gewonnen; dadurch sei auf lange Zeit der mißliche Zustand der Dinge, wie er früher bestanden, verschwunden. Im Laufe der Rede erwähnte Salisbury auch den befriedigenden Abschluß der afghanischen Grenzverhandlungen.

Bulgarien.

Sofia, 27. Juli. Einem hier umlaufenden Gerüchte zufolge hat die Regierung heute vom Prinzen Ferdinand von Coburg aus Wien die Mittheilung erhalten, daß er zwischen dem 6. und 10. August in Tirnova eintreffen wird.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 28. Juli. Im Rhein bei Grimlinghausen ertrank vorgestern Nachmittag ein auswärtiger junger Mensch beim Baden. Die Leiche konnte nicht mehr aufgefunden werden.

In Geldern sind in vergangener Nacht Diebe in ein herrschaftliches Haus eingedrungen und wurde ein großer An-
zahl Silber- und Goldsachen, als: Theelöffel, Gabeln, Ringe, Kreuze, Armbänder, u. dgl. ein dunkelgrüner Leber-
zieher gestohlen.

In der rhein. Papierfabrik an der Düsseldorfstraße plakte heute Mittag ein Dampfprober; durch den austre-
menden heißen Dampf erlitten zwei Arbeiter nicht unerhebliche Brandwunden an den Füßen, so daß ärztliche Behandlung
nötig war.

Düsseldorf, 28. Juli. Die Niederlassung der „Barm-
herzigen Brüder“ aus dem Mutterhaus zu Montabaur ist
nunmehr vorläufig in dem Hause Klosterstraße 79 vollständig
eingesiedelt. 7 Brüder sind mit der Pflege der Kranken
beschäftigt und bis in die entlegensten Theile unserer Stadt
thätig. Es ist erfreulich, daß dem so segensreichen Unter-
nehmen seitens der Bevölkerung allgemeine Sympathie ent-
gegengebracht wird.

Alpen (Kreis Mies), 25. Juli. Heute ist unser Pfar-
rer, der hochw. Herr Gerhard Siebers, nach kurzer Krank-
heit in die Ewigkeit abgerufen worden. Nach einem acht
Tage im 70. Jahre seines Alters.

Rees, 25. Juli. Das in der Nähe von Rees gesunkene,
mit Salz beladene Schiff wurde vor einigen Tagen durch
Dynamit gesprengt und gelang es dem Unternehmer, Herrn
Peters von Niedermörriem, den in zwei Theile zersplitterten
Schiffkörper bis gestern Abend an's Ufer zu schaffen. Der
Schiffsboden jedoch nebst Anker und Kette liegt noch in der
Tiefe. Da hierdurch die Schiffsahrt nicht weiter beeinträchtigt
wird, so wird man, laut „Rh.- und Ruhrztg.“, nur noch das
Verhüllene, nämlich Anker und Kette zu bergen suchen.

i. Köln, 28. Juli. Zwei Unfälle waren heute wien-
ger zu verzeichnen, die glücklicher Weise ohne schlimme Fol-
gen blieben: an der Klingengasse fiel ein bewohntes Haus
theilweise ein, an der Alteburg plakte das Hauptaufzugs-
rohr der Wasserleitung. Der Schaden ist bereits beseitigt.
— Unser neues Justizgebäude ist soweit fertig gestellt,
daß die Ueberfiedelung der Bureau's und Beamten erfolgen
kann. Das schöne Gebäude macht in seinen massiven For-
men einen prächtigen Eindruck. — Heute fand die General-
Versammlung des Hohenstaufenbades statt, welches mit
1. Octbr. in städtische Verwaltung übergeht. Die Einnah-
men betragen per 1886/87 im Ganzen 96.873 M., von wel-
chen 36.389 M. auf das Schwimmbad und 42.000 M. auf
die Bannbäder entfallen. Die Zahl der Besucher betrug
227.159. — Gestern wurde eine Rabennutter von der Straf-
kammer gehörig bestraft. Sie hatte ihr Kind von 8 Jahren
mit Fußketten und Peitschenhieben, sogar mit einem glühen-
den Stochstein mißhandelt. — Ein Tagelöhner aus Worren-
gen hatte einen bedeutenden Waldbrand verschuldet. Er er-
hielt einen Monat Gefängnis.

o. Aachen, 27. Juli. Um den kleinen Bürgern den
Erwerb eines Hauses sehr zu erleichtern, hat die Stadtver-
ordneten-Versammlung beschlossen, in Zukunft die städtischen
Terrains in größerem Umfange zum Verkauf zu bringen.
Es wird nicht gefordert, daß der Kaufpreis baar, oder doch
zum größten Theile sofort erlegt werde, vielmehr bleibt die
Kaufsumme auf Terrain und Gebäude als Hypothek stehen
und wird jährlich mit 5 Proc. abgetragen. 4 1/2 Proc. die-
ses bestimmt. In ca. 50 Jahren gelangt das Grundstück in
das unbestrittene Eigentum des Käufers. Diefem soll es
jedoch auch jederzeit freistehen, nach vorheriger ökonomischer
Kündigung den Restbetrag auf einmal zu bezahlen. — Der

Bau einer Dampfstraßenbahn zwischen Aachen und dem
holländischen Städtchen Baals ist durch Annahme des Ver-
trages der Stadt mit der Aachen-Burtscheider Pferde-Eisen-
bahn-Gesellschaft durch das Stadtverordneten-Collegium ge-
sichert.

Donn, 26. Juli. Außer „Arminia“ und „Novestia“ feiert
auch der katholische Studentenverein „Niparia“ in diesem
Semester die Feier seines 25jährigen Bestehens. Der Verein
wurde 1863 von Herrn Dr. Karl Scheidemacher, Domcaplan
zu Aachen, gegründet; er zählt bereits über hundert alte
Herren und erfreut sich augenblicklich der stattlichen Mit-
gliederzahl von 25 Activen. Das Programm zu dem 25.
Stiftungsfest lautet nach der „D. Rztg.“: Montag, den 8.
August: Empfangskette im Restaurant Walbrüll. Dienstag,
den 9. August, Morgens 10 Uhr: Feierliches Hochamt in
der Wallenhauscapelle; Mittags 2 Uhr: Diner im Restaurant
Walbrüll; Abends 6 Uhr: Fest-Commer im Rath. Vereins-
haus. Mittwoch, den 10. August, Morgens 10 Uhr: Trauer-
tag: Gemeinlicher Auszug. Also drei katholische Vereine
feiern in diesem Semester das 25jährige Stiftungsfest, ein
Beweis, daß die Principien jener Vereine feste Wurzeln an
der hiesigen Universität gefaßt haben.

St. Johann, 26. Juli. Heute Abend ereignete sich hier
ein bedauerlicher Auflauf, welcher für viele Familien die
schlimmsten Folgen haben wird. Gegen Abend rotteten sich
vor der Wohnung eines hiesigen Unternehmers in der Victoria-
straße gegen 200 Arbeiter zusammen. Die Leute, welche an
den neuen Schießständen im Saarbrücker Stadtwalde beschäf-
tigt sind, sollen betreffs der Löhnung auf heute vertrieben
worden sein. Da die Polizei nicht im Stande war, die An-
sammlung zu verhindern bzw. die Leute auseinander zu tren-
nen, die sich übrigens, wie man erzählt, keine weiteren Aus-
schreitungen zu Schulden kommen ließen, so wurde ein Zug
Infanterie vom 70. Regiment requirirt, der unter Führung
eines Lieutenant mit gefälltem Bajonett die Menge ausein-
dertrieb. Augenblicklich patrouilliren sowohl die Polizei,
wie auch das Militär, um die Ordnung auf den Straßen
aufrecht zu erhalten. Ansammlung und Stehenbleiben wird
nicht geduldet. Bis jetzt wurden 7 Widerpenfliche verhaftet.
Es steht zu befürchten, daß noch weitere Verhaftungen noth-
wendig werden.

Münster, 26. Juli. Ueber den von dem letzten Freitag
über einen großen Theil Westfalens niedergegangenen Ge-
witter angerichteten Schaden werden noch fortwährend neue
Einzelheiten gemeldet. So wurde im Kirchspiel Rippborg
(Kreis Bielefeld) eine Kuh des Kolons Westhus auf der
Weide vom Blitz erschlagen. In Widenbrück fuhr der Blitz
in das Stoppel'sche Nebenhäus; dasselbe brannte vollständig
ab. In Wöhle fanden drei Kühe durch den Blitz ihren Tod.
In Hagen schlug der Blitz in ein Wohnhaus an der Vic-
torialstraße, fuhr jedoch nach geringer Beschädigung des Schorn-
steins an der electrischen Leitung in den Boden. In Siegen
wurde eine Frau, in Lennep ein Arbeiter, in Berghausen ein
Ackermann, in Höhscheid ein mit seiner Frau am Kaffeetisch
sitzender Mann vom Blitz getödtet. Auch viele Kühe fanden
im Bergischen theils im Stall, theils auf der Weide durch
den Blitzstrahl ein Ende. In Langenfeld gändete der Blitz
in einer Fabrik. In verschiedenen Gemeinden richteten die
Wassermassen großen Schaden an.

Vermischtes.

Petersburg, 20. Juli. Ueber einen merkwürdigen Un-
glücksfall beim Bau der Eisenbahnbrücke über den Fluß Be-
laja wird aus Kasan gemeldet: Im Flußbett wurden die
Caissons für die Brückenpfeiler versenkt. Dieselben sind ovaler
Form, etwa 10 Faden (60 Fuß) lang, 2 Faden tief und
4 Faden breit. Siebzehn Arbeiter waren mit der Aus-
mauerung des Caissons mit Steinen, die sie von einer Barke
nahmen, beschäftigt. Der Bauunternehmer bemerkte während
der Arbeit, daß eine Längswand eine Einbuchtung bekam
und meinte, daß die Sache am Ende gefährlich werden könnte,
wenn man mit der Senkung des Caissons noch fortführe.
So war es auch. Kaum hatten die Arbeiter den Caisson
noch etwas belastet, als ein heftiger Knall erfolgte und die
Wandung sich ganz nach innen einbog. Der Strom geht
dort auf der Belaja sehr reißend und das Wasser stürzte sich
daher mit wildem Getöse in den Caisson hinein, brach sich
an der unteren Wand und bildete einen reißenden Strudel
im Innern des Caissons. Die Arbeiter auf den Barken
waren einen Moment lang starr vor Entsetzen. Hilfe konnte
anfanglich übrigens auch nicht geleistet werden. Von den
Körpern der Arbeiter tauchten nur für Augenblicke Theile
an der Oberfläche hervor, um sofort wieder im Wirbel zu
verschwinden. Der Caisson füllte sich bis zum Rande. Die
Arbeiter tauchten auf und wurden vom Strom fortgetrieben
und dann gerettet. Das Ganze vollzog sich mit einer so
blitzartigen Schnelle, daß die Arbeiter nicht einmal den
Athem verloren. Von 16 Arbeitern ist nur einer ertrunken;
er ist vermuthlich durch die Fluth an die Wandung geschlen-
dert oder auf andere Weise erschlagen worden.

Ein falscher Meteorit. Im Jahre 1762 fand man zu
Aachen auf dem Obern Büchel vor dem heutigen Neubade
unter dem Straßenpflaster eine unregelmäßig geformte, über
3300 kg schwere Masse; sie wurde 1814 ausgegraben und
schließlich in den Hof des Polytechnicums gebracht, wo sie
bis zum heutigen Tage von Einheimischen und Fremden an-
dächtig betrachtet wird, denn Kenner hielten den Fund für
einen Meteoriten; so bezeichnet findet er sich in allen Führern
und Reisebüchern. Eine jüngst durch den Vorsteher der Abthei-
lung für Bergbau, Hüttenkunde und für Chemie an der tech-
nischen Hochschule zu Aachen, Professor Dr. Arzruni, sorg-
fältig ausgeführte Untersuchung des Fundes hat ihn nunmehr
des Nimbus seiner überirdischen Herkunft beraubt. Nach dem
Ergebnis dieser Untersuchung besteht die Masse aus den
Rückständen geschmolzenen Eisens und dürfte einer Zeit ent-
stammen, wo es noch keine Hochöfen gab, sondern nur
Schmelzöfen, in denen kleinere Mengen Eisen in höchst un-
vollkommener Art geschmolzen wurden. Nach diesem Spruche
der genauen Wissenschaft wird die Bezeichnung der Masse
als Meteorit, wie ihre Aufführung unter den Merkwürdig-
keiten Aachens, in Zukunft wohl unterbleiben müssen.

